Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Hauptblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Gebührtige 18), auswärts 25, für die 60 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 65, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12200.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Stollberg) 440. Schneeberg 49. Schwarzenberg 2001. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 29. Freitag, den 3. Februar 1928. 81. Jahrg.

Die Korrektur.

Frankreich bleibt Trumpf.

Briand hatte seine angekündigte Antwort auf die Ausführungen des Reichsaußenministers vom Montag einige Tage verschoben. Vielleicht hat er eine Korrektur gewisser Stellen der Rede Stresemanns abwarten wollen. Eine solche ist jedenfalls am gestrigen Mittwoch erfolgt, denn die zweite Stresemannrede bedeutet in mancher Hinsicht eine Abschwächung der Montagsrede. Der Form nach ist die neue Rede eine Antwort auf eine Anfrage des „Vorwärts" und eine Auseinandersetzung mit dem deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh. Der Sache nach bessert sie die Brücken wieder aus, die bei der Springflut vom Montag ein wenig beschädigt worden waren. Nachdem im französischen Senat ein paar Heißsporne vorgeschickt worden waren, welche drohende Gewitterwolken markierten, kann nunmehr Briand in aller Freundlichkeit antworten, und der Scheinfrieden ist wiedereinmal gerettet. Obendrein soll der französische Außenminister noch eine besondere Ueberraschung vorbereitet haben, nämlich die Herabsetzung der Besatzungstruppen in diesem Jahre von 60 000 auf 50 000 Mann. Es wird dabei angedeutet, daß dieser gewaltige Erfolg mit den Reisen Wirths und Kochs nach Paris im Zusammenhang stehe. Die Regie klappt tadellos. Die deutschen Wähler werden nun gar nicht anders können, als mit ihren Wahlzetteln einer Linksregierung in den Sattel zu helfen. Denn für die Edelmütigkeit der Franzosen — wenn sie auch noch nicht verbrieft ist — und für die Bemühungen der demokratisch-sozialistischen Nebendiplomatie muß man sich doch anständigerweise revanchieren.

• • •

Also mit dem neuen Kurs der deutschen Außenpolitik ist es vorläufig nichts. Frankreich, vor drei Tagen öffentlich als Heuchler gestäupt, ist wieder Trumpf. Die Anfänge einer Opposition des rechten Flügels der stärksten Regierungspartei wurden nicht zur Verstärkung des Druckes auf Frankreich benutzt. Dafür wurden aber der „Vorwärts"-Redaktion vor aller Welt die von ihr „erwarteten" Erklärungen über den Kurs der deutschen Außenpolitik abgegeben. Die Herren Stampfer, Kuttner und die sonstigen Galizier, die im „Vorwärts" Politik machen, werden hochbefriedigt sein. Und das ist im Hinblick auf die zukünftigen Dinge nicht ganz unwichtig.

• • •

Eine neue Rede des Reichsaußenministers.

Berlin, 1. Febr. Der Reichstag setzte heute die außenpolitische Debatte fort.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volke gegenüber. Die deutsche Oeffentlichkeit sei darüber getäuscht worden, daß mit dem Dawespakt die deutsche Souveränität verkauft wurde. Der Redner wendet sich gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen. Ein Ostlocarno dürfe es auch um den Preis einer Räumung des Korridors nicht geben. Das Auswärtige Amt sei geradezu eine Filiale von Briand. Der Redner bezeichnet zum Schluß die Außenpolitik als einen infamen Verrat am Volke und erhält dafür einen Ordnungsruf.

Abg. v. Graefe (Völk.) bezeichnet den Dawespakt als Ursache des beginnenden Unterganges der Landwirtschaft. Bei der gestrigen Rede des Abg. Ulitzka sei manchen die Erinnerung gekommen an Bismarcks Mißtrauen gegen die Politik in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen. Das Zentrum habe immer Politik mit doppeltem Boden getrieben. Der Redner ruft den Deutschnationalen zu, lassen Sie die Koalition zerplatzen, damit endlich wieder einmal eine nationale Opposition zustande kommt. Dann brauchen sie die Wahl nicht zu fürchten.

Dann ergreift Dr. Stresemann das Wort; er führte u. a. aus:

Abg. v. Lindeiner hat erklärt, die Ausführungen des Hrn. von Freytagh-Loringhoven seien eine wertvolle Ergänzung meiner eigenen Rede gewesen. (Lachen links.) Ich bedauere, daß ich diese Anschauung nicht teilen kann. Ich akzeptiere die Erklärungen des Herrn von Lindeiner, die er für die Deutschnationalen abgegeben hat und die in der Anerkennung, in der nicht etwa terminierten Anerkennung des Vertragswerkes von Locarno bestanden, und seine Erklärungen in bezug auf die loyale Mitarbeit der Deutschnationalen. Diejenigen Vertreter anderer Fraktionen, die mit dem Herrn Referenten des Ausschusses für den Etat des Auswärtigen Amtes, Dr. Hoetzsch, in Genf zusammengearbeitet haben, werden daran nicht zweifeln, daß seine Mitarbeit in Genf eine durchaus loyale gewesen ist. Von dem, was Hr. von Freytagh-Loringhoven weiter erklärt hat, nehme ich dankend Akt. Der grundlegende Unterschied zu meiner Auffassung liegt in den Schlußsätzen des Hrn. v. Freytagh-Loringhoven. Diese Schlußsätze gipfeln darin, daß der Redner der deutschnationalen Fraktion sich seinerseits persönlich gegen die Fortsetzung der deutsch-französischen Verständigungspolitik wandte mit zwei Begründungen, einmal, weil sie in eine Sackgasse führe, ein zweites Mal mit der Begründung, daß sie nicht zum Ziele führe. Es trifft nicht zu, daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hätte. Den Rechtsgedanken im Völkerbund durchzusetzen, ist immer unser Bestreben gewesen. Das wäre also nicht ein neuer Weg unserer Politik. Wir haben mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und uns den Beifall der kleineren Staaten errungen. Wir wollen die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen. Der Locarno-Vertrag hat uns die Freiheit des Luftverkehrs und viele andere Erleichterungen gebracht. Der Fortschritt geht natürlich nur schrittweise. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich in Locarno nicht nur um das Vertragswerk handeln sollte, sondern um den Anfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des Friedens. Deutschland ist schon um seiner Selbsterhaltung willen zu einer solchen Politik genötigt. Von einem neudeutschen Imperialismus kann wirklich nicht gesprochen werden. Natürlich ist seit Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt. Aber ich betrachte es als meine Aufgabe, daran weiterzuarbeiten. Darum kann ich auch an die französische Adresse die Mahnung richten: Nun tut auch das Eure, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann. (Beif.)

Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe durch den Versailler Vertrag das modernste Heer der Welt bekommen. (Lachen.) Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen. (Sehr gut!) Die von französischer Seite gegen eine Rheinlandräumung angeführten Argumente treffen nicht den Kern. Ganz unverständlich ist die Erklärung, Deutschland müßte erst seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Die Rheinlandbesatzung soll doch auch nach dem Versailler Vertrag nicht so lange dauern, bis die letzte Million bezahlt ist. Wenn aber Frankreich die Fortdauer der Besetzung als einen Machtfaktor betrachtet, so wäre nicht zu verstehen, daß es diesen Machtfaktor für irgend eine Gegenleistung aus der Hand geben will. Wir hoffen, daß die leitenden französischen Kreise zu der Einsicht kommen, daß eine schnelle Räumung des Rheinlandes die allerbeste Wirkung für die Verständigungspolitik haben würde. Der Gedanke der Verständigungspolitik hat im deutschen Volk wesentliche Fortschritte gemacht. Das wachsende Verständnis dafür wird nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgleisung, wie wir sie gestern erlebt haben. Der „Vorwärts" sollte diese Angelegenheit nicht allzu tragisch nehmen. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende hat ja erst vor kurzem den Abg. v. Freytagh-Loringhoven als Beispiel dafür genannt, daß ein Redner nicht in jedem Falle die Meinung seiner Fraktion zu vertreten braucht. Wenn der „Vorwärts" sagt, Herr von Lindeiner habe für die deutschnationale Fraktion den Ausführungen des Abg. v. Freytagh-Loringhoven zugestimmt, so muß man berücksichtigen, in welcher Eile sich Abg. v. Lindeiner auf seine Rede präparieren mußte. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, bald die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Frankreich, dem Werke des Weltfriedens noch entgegenstehen. (Beif.)

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) erklärt, Dr. Stresemann habe gesprochen wie ein Minister der loyalen Opposition. Wenn man nicht schon vor den Wahlen stände, müßte aus der Rede des Abg. v. Freytagh die politische Krise entstehen. Es sei aber auch in den anderen Ländern heute ähnlich wie in Deutschland. Deshalb brauche man nicht unruhig über dieses oder jenes Wort zu sein, das hüben und drüben gesprochen oder geschrieben werde. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Sie stützt sich auf die Regierung der großen Koalition, die außenpolitisch schon vorhanden ist. Das ist der beste Beweis für die Notwendigkeit, schleunigst mit der nur noch formell bestehenden Regierungskoalition Schluß zu machen.

Inzwischen ist von der kommunistischen Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann eingegangen.

Abg. Dr. Schnee (D.Vp.) weist darauf hin, daß man die koloniale Frage nicht außer Acht lassen dürfe. Der Redner kritisiert die englische Politik in den ehemals deutschen Kolonien, die auf eine den Grundsätzen des Völkerbundes widersprechende Aenderung des Mandatsystems hinarbeite. Die deutsche Regierung dürfe diese Dinge nicht aus den Augen verlieren.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erwidert, die Regierung werde sich einer solchen Aenderung der Mandatsfassung und des Mandatssystems mit allem Nachdruck widersetzen.

Der Haushalt wird in der Ausschußfassung angenommen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister wird gegen die Antragsteller, die Völkischen und die Nationalsozialisten abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

• • •

Amtliche Anzeigen.

Freitag, den 3. Februar 1928, mittag 12 Uhr sollen in Bernsbach **2 Spindelpressen, 2 Handpressen, 1 Drückbank mit Fußbetrieb, 1 Tafelschere, 3 Abkantemaschinen, 1 Rundschere, 4 Rundfalzmaschinen, 1 Rundmaschine, 3 Werkbänke, 1 Werkzeugeinrichtung für Reibeisen und 1 Transmission**, neu und uneingebaut, **2 Holzscheiben** mit je 50 cm Durchmesser, meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Rest. z. goldenen Höhe. O 3749/27

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Das Freigabegesetz.

Annahme im Finanzausschuß des amerikanischen Senats.

Washington, 1. Febr. Der Finanzausschuß des Senats hat heute die Bestimmungen der Vorlage über das ehemals deutsche Eigentum, betreffend die sofortige Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums und die Zahlung von 100 Millionen Dollar für die deutschen Schiffe, Patente und Radioanlagen, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, angenommen.

Pressestimmen.

Berlin, 2. Febr. Die Kreuzzeitung schreibt: Bei aller Betonung des Gemeinsamen in der Beurteilung der außenpolitischen Lage mußte Dr. Stresemann doch bald an dem Punkte ankommen, an dem sich die Wege scheiden: Festhalten an der Locarnopolitik oder Neuorientierung. Er glaubt noch immer an die Möglichkeit, auf dem Wege von Locarno zur Verständigung zu kommen, und da scheiden sich die Geister. Wir unterschreiben voll und ganz die Feststellungen des Freiherrn von Freytagh-Loringhoven, daß wir mit Locarno in eine Sackgasse geraten sind und neue Wege gehen müssen. — Die Deutsche Tagesztg. sagt: Gewiß suchte der Reichsaußenminister in einzelnen Punkten sich von den Auffassungen des deutschnationalen Redners zu distanzieren, anstatt sie zur Verstärkung der von ihm auch gestern wieder an die französische Adresse gerichteten Mahnungen zu benutzen. Aber er bagatellisierte doch zugleich die Differenzpunkte und hob verschiedentlich das Gemeinsame hervor. — Die Deutsche Allg. Ztg. hebt hervor, daß am Schluß der außenpolitischen Reichstagsdebatte das einzige kommunistische Mißtrauensvotum gegen eine Handvoll Radikaler abgelehnt, also mit einer kompakten Mehrheit, der man demnach — trotz aller Vorgänge — einen gemeinsamen Willen unterstellen muß, etwas Positives, die Billigung der Grundlinien unserer Außenpolitik. — Die Tägl. Rundschau betont, daß, nachdem Dr. Stresemann unter stärkstem Beifall des ganzen Hauses geendet hatte, die weitreichende Uebereinstimmung über das Wesen und die Ziele der Außenpolitik wiederhergestellt war. — Die Germania begrüßt es aufrichtig, daß Stresemann nochmals so klar und unmißverständlich den Weg der deutschen Außenpolitik gezeigt hat, und der Beifall der Mehrheit des Hauses dürfte auch den Herren in Paris deutlich machen, daß wir es mit unserer Friedenspolitik ernst meinen. Nun aber hat Frankreich das Wort. — Das Berl. Tagebl. erklärt, daß sich in der Zielsetzung der deutschen Politik, den eisernen Vorhang zu beseitigen, der noch immer Deutschland von Frankreich trennt, eine immer stärker anwachsende Mehrheit des deutschen Volkes völlig einig sei. Diese Tatsache dürfe durch parlamentarische Entgleisungen, wie die des Hrn. von Freytagh-Loringhoven, nicht verdunkelt werden. — Im Vorwärts heißt es: Zur Politik der europäischen Friedenssicherung durch deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich Hr. Stresemann gestern leidenschaftlicher denn je bekannt. Er hat auch sehr richtig hervorgehoben, daß wir Verständigungspolitik treiben, nicht um die Räumung zu erreichen, sondern daß wir umgekehrt die Räumung fordern um der Verständigung willen. Das alles hat er so gut gesagt, daß es auch ein Sozialdemokrat nicht besser hätte sagen können.